

Clemens Ronnefeldt,
Referent für Friedensfragen beim
deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes
A.-v.-Humboldt-Weg 8a
85354 Freising
Tel. 08161-547015
C.Ronnefeldt@t-online.de
www.versoehnungsbund.de

Freising, den 25.1.2021

Fragen

an die beiden Bundesvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen,
Annalena Baerbock und Robert Harbeck zum Thema Friedenspolitik

Sehr geehrte Frau Baerbock, sehr geehrter Herr Harbeck,

mit großem Interesse habe ich das grüne Grundsatzprogramm „Neue Zeiten – Neue Antworten“ gelesen - insbesondere die friedenspolitischen Teile sind mir besonders wichtig.

Als die Grünen gegründet wurden, machte ich Abitur, mehr als 40 Jahren bin ich friedenspolitisch aktiv, davon 30 Jahre parteilos als Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes. Unser Verband hat Beraterstatus bei den Vereinten Nationen.

In ihrem Programm steht: "Exporte von Waffen und Rüstungsgütern an Diktatoren, menschenrechtsverachtende Regime und in Kriegsgebiete verbieten sich".

Das tun sie nicht von selbst - deswegen bräuchte es hier eine sprachlich-inhaltliche Nachschärfung. Von wem müssen EU-Mitgliedsstaaten, die gegen Exportrichtlinien verstoßen, mit Sanktionen rechnen - wie im Programm zu lesen ist? Hier bleibt das Subjekt offen.

Sie beide wissen, an welche diktatorischen Regime in den letzten Jahren Rüstung aus Deutschland exportiert wurde. Ich halte dies für einen der größten Skandale deutscher Politik.

Gleich zu Beginn meines Schreibens möchte auf meinen zentralen Punkt kommen:

Was ich in den letzten Monaten von Ihnen beiden gehört und gelesen habe bezüglich Friedenspolitik, z.B. die Forderung nach Gewehren, die schießen, wie Sie, Frau Baerbock im SZ-Interview betont haben, hat mich bisher nicht hoffnungsvoll gestimmt, dass im September 2021 nach den Wahlen eine zivile Phase deutscher Außenpolitik mit ihnen beginnen könnte.

Die große Gefahr ihrer Äußerungen der letzten Monate sehe ich darin, dass sie wenig friedenspolitische Kontur hatten. Wenn Sie auf ein schwarz-grünes Bündnis zusteuern möchten, wären ihre Positionen für mich nachvollziehbar.

Allerdings sehe ich auch hier die Gefahr: Wenn sie beide jetzt schon wenig andere Akzente setzen als die CDU, warum sollten erstens Wählerinnen und Wähler nicht gleich im September schwarz statt grün wählen?

Wenn sie ihren Kurs zweitens beibehalten, besteht die große Gefahr nach dem 23.9.2021, dass sie kaum noch eigene Akzente (ehemaliger) grüner Friedenspolitik in einem Regierungsprogramm durchsetzen können, weil sie schon mit Konsens-Kompromissen Wahlkampf gemacht haben.

Sehen sie beide diese Gefahr auch? Möchten sie bewusst im Lager der CDU auf Stimmenfang gehen - und daher dieses Risiko eingehen?

Rechnerisch könnte es möglicherweise auch für ein grün-rot-rotes Bündnis reichen - bei dem sie vermutlich als stärkste Kraft vor der Frage stehen, wer von ihnen beiden das Kanzleramt übernimmt.

Möchten Sie diese theoretische Möglichkeit von vorneherein weniger wahrscheinlich machen - weil viele friedenspolitisch eher progressiv denkende Menschen bei einem "weiter-so" ihres bisherigen Kurses eher nicht grün wählen werden und ihre Partei dadurch Stimmen an die linken Teile der SPD und die Linke verliert?

Ich möchte Ihnen nachfolgend begründen, warum viele Menschen, mit denen ich bei mehr als 1000 öffentlichen Veranstaltungen in den letzten Jahren gesprochen habe, der Sache wegen auf einen wirklich neuen Friedenskurs hoffen, der aus Eskalations-Sackgassen herausführt.

Die Bundeswehr vollzieht - fast unbemerkt von einer breiteren Öffentlichkeit - m.E. seit ca. fünf Jahren eine drastische Wende:

Von der Fokussierung auf "Internationales Krisenmanagement" (IKM) hin zur "Landes- und Bündnisverteidigung" (LV/BV). Diese Abkürzungen finden sich mehrfach im folgenden Dokument.

Alfons Mais, Inspekteur des Heeres, hat am 4. November 2020 im Rahmen einer Videokonferenz des "Förderkreis Deutsches Heer e.V." eine 15 Seiten lange Rede gehalten mit dem Titel:

„Das Deutsche Heer im Lichte eingegangener Bündnisverpflichtungen – in Zukunft noch leistbar?“ In dieser Rede fordert er, die deutschen Truppen müssten: "durchsetzungsfähig, kriegsbereit und siegesfähig sein. Sie müssen in der Lage sein, Schläge einzustecken, sich neu zu formieren und zurückzuschlagen bis der Auftrag erfüllt ist“.

Hier einige Auszüge der unter dem folgenden Link dokumentierten gesamten Rede des Inspekteur des Heeres, Alfons Mais:

<https://www.bundeswehr.de/resource/blob/4161966/b083a620cc311bd6b31b1375228273b7/r/ede-inspekteur-heer-zur-ausrichtung-auf-landes-und-buendnisverteidigung-data.pdf>

(...) Mit der unrechtmäßigen Annexion der Krim 2014 durch RUS hat sich eine Lage und Bedrohungsperzeption ergeben, die eine solche Fokussierung nicht mehr zulässt. Konsequenterweise sind alle konzeptionellen Ausrichtungen der Bundeswehr seitdem signifikant erweitert worden und fordern die Rebalancierung der Streitkräfte in Richtung LV/BV. - Diese notwendige Anpassung ist die Basis aus der sich die sogenannten Trendwenden der letzten fünf Jahre ableiten lassen. Der Tanker Bundeswehr wurde auf einen neuen Kurs gedreht. (S. 4) (...)

Unter LV/BV reicht Einsatzbereitschaft und pure Präsenz am Ende nicht aus! Nein, unter LV/BV müssen die eingesetzten Truppen durchsetzungsfähig, kriegsbereit und siegesfähig sein. Sie müssen in der Lage sein, Schläge einzustecken, sich neu zu formieren und zurückzuschlagen bis der Auftrag erfüllt ist. Das Postulat „Schutz vor Auftrag“ aus den IKM wechselt zu „Auftrag vor Schutz“. (S. 6). (...)

Alle existentiellen Bedürfnisse der Menschheit liegen nun mal unbestreitbar an Land, zunehmend in sich urbanisierenden Räumen. Die physische Beherrschung von Räumen ist und bleibt die entscheidende Größe. Die eigene Präsenz am Boden ist am Ende Voraussetzung zur endgültigen Durchsetzung von Interessen, besiegelt in letzter Konsequenz Sieg oder Niederlage. (S. 7). (...)

Auf das Heer ist in Litauen, Mali, Kosovo, Nord-Irak und - unter den sehr volatilen Planungsbedingungen in Afghanistan - unverändert Verlass. (S. 9). (...)

Der planerische Schwerpunkt ist seit wenigen Monaten die sogenannte „Division2027“. Ein Großverband mit Divisionstruppen und drei Kampfbrigaden (ca. 18.000 Soldaten), den Deutschland der NATO im sogenannten Zwischenschritt 2 fest zugesagt hat (S. 10). (...)

Hier geht es noch nicht um den großen Zukunftswurf, sondern um das Schließen von dramatischen Investitionslücken der letzten 25 Jahre, um überhaupt erstmal die Befähigung zum hochintensiven Gefecht eines Großverbandes im Bündnisrahmen wieder zu erlangen! (S.11). (...)

Die große Überschrift aller Bemühungen muss die Erhöhung der Kriegstauglichkeit unseres Materials sein, dies wird jenseits der notwendigen Wirksamkeit vor allem durch die Reduzierung von unnötiger Komplexität erreicht. (S. 14). (...)

Nochmal: Ziel des Heeres ist Kriegstüchtigkeit, einsatzbereite Kräfte allein genügen nicht! Wir müssen einstecken, wiederaufstehen, gegenhalten und letztendlich gewinnen können! Als Inspekteur des Heeres leitet mich die Zielvorstellung eines Heeres, das auf gemeinsamer Wertebasis stehend in Geist, Können und Haltung den militärischen Anforderungen im gesamten Intensitätsspektrum gerecht wird. (S.14). (...)

Der Generalinspekteur spricht mir aus der Seele, wenn er von uns allen in den Streitkräften das nötige „Mindset zur Landes- und Bündnisverteidigung“ anmahnt. Denn: Für mich steht der Mensch im Mittelpunkt. Die Männer und Frauen, die sich in den Großverbänden des Heeres im Gefecht bewähren sollen, haben eine hervorragende gute Ausbildung und kriegstaugliche, moderne Vollausrüstung verdient. (S. 15). (...)

Eine einsatzbereite Brigade ist ein Gebinde von knapp 5000 Frauen und Männern, von denen jeder und jede an seiner Stelle ausgebildet an modernem Gerät funktionieren muss. (S. 15). (...).

So weit die Auszüge aus dieser Grundsatzrede.

Frage an sie beide: Braucht es angesichts solcher Äußerungen nicht eine Umkehr, wenn wir nicht in einen neuen heißen Ost-West-Konflikt schleichend hineinschlittern wollen, bei dem sich deutsche und russische Panzer an der baltisch-russischen Grenze gegenüberstehen?

Sie kennen die Bundeswehrskandale - nicht nur beim KSK - der letzten Jahre: Würden sie hier klare Akzente in den nächsten Monaten setzen: Sie hätten breite gesellschaftliche Gruppen hinter sich.

Sollten sie eher ein schwarz-grünes Regierungsbündnis anstreben: Möchten sie wirklich z.B mit Martin Jäger, derzeit Staatssekretär im CSU-geführten BMZ Staatssekretär, in eine Regierung - sofern dieses bei der CSU verbliebe?

Martin Jäger hat am 6.9.2020 in der F.A.Z einen Gastbeitrag veröffentlicht mit dem Titel: "Neue strategische Lage - Deutschland sollte interventionsfähig sein" (1).

Darin schreibt er: "So endet die Ära amerikanisch geführter Interventionen. Somalia, Bosnien, Kosovo, Afghanistan, Irak und Libyen sind ihre markanten Stationen. Die Bilanz fällt zwiespältig aus, zu hoch waren die Kosten an Menschenleben und Geld. Im Berliner Betrieb hoffen manche, nun werde die Bundeswehr von der Einsatzstreitkraft zur Heimatschutzarmee zurückgebaut. Das wäre ein Fehler. Die Bundesrepublik wird sich auch künftig an Interventionen beteiligen müssen. Mehr noch: Deutschland und Europa sollten aus eigener Kraft interventionsfähig werden."

Wie passt diese Forderung zum Grundgesetz, Art. 87a: "(1) Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf. (...) (2) Außer zur Verteidigung dürfen die Streitkräfte nur eingesetzt werden, soweit dieses Grundgesetz es ausdrücklich zulässt."?

Martin Jäger schreibt weiter: "Die Bundesrepublik muss ihr Verhältnis zur Intervention überdenken. Intervenieren bedeutet, einen Konflikt durch Einmischung von außen zur Entscheidung zu bringen. Eine solche Machtprojektion kann unterschiedliche Gestalt annehmen: von der diplomatischen Drohung über die Verhängung von Sanktionen und die Waffenlieferung bis zum Einsatz militärischer Gewalt. Die Intervention ist die kleine Schwester des Krieges und die giftige Freundin der Diplomatie – nicht eben die Gesellschaft, in der wir Deutsche uns gern aufhalten.“

Wie passen diese Aussagen zur in Deutschland verbindlichen Charta der Vereinten Nationen, Art. 2, Ziffer 4: "Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt“?

Nach Artikel 25 des Grundgesetzes ist diese Aussage verbindliches Völkerrecht in Deutschland und geht dem Grundgesetz vor.

Martin Jäger endet mit den Sätzen: "Es fehlt uns nicht an militärischen Fähigkeiten, politischer Wille zählt. Drei Vorschläge: Der Bundestag billigt künftig auf Basis europäischer Mandate den bewaffneten Einsatz deutscher Streitkräfte im Ausland. Ausbilden der Bundeswehr wird im Einsatz erlaubt, einheimische Einheiten ins Gefecht zu begleiten. Deutschland liefert Partnern wie der Ukraine in Notsituationen Milan-Lenk Waffen zur Selbstverteidigung. Damit wären erste Schritte getan".

Der erste Vorschlag entmachtet das deutsche Parlament, indem dieses nur noch "billigen" soll, was auf EU-Ebene als Kriegseinsatz beschlossen wurde, der zweite ruft zum aktiven Sammeln von Kriegserfahrungen in fremden Ländern auf, der dritte schlägt einen Gesetzesbruch vor: Nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz besteht das Verbot, deutsche Waffen in Krisen- und Kriegsgebiete zu exportieren.

Ihr Grundsatzprogramm betont, dass Bündnis 90/Die Grünen auf dem Boden von Grundgesetz und Völkerrecht stehen.

Warum nehmen sie solche "Steilvorlagen" wie die von Herrn Jäger nicht an und profilieren sich als "Friedenspartei", die eine echte Alternative bietet - in dem sie auch einen Gastbeitrag als Gegenposition schreiben?

Der Historiker Sönke Neitzel hat für sein umfangreiches Grundlagenwerk „Deutsche Krieger. Vom Kaiserreich zur Berliner Republik – eine Militärgeschichte“ (Berlin, 2020) mit rund 200 Zeitzeugen gesprochen, von denen die meisten noch aktive Bundeswehr-Soldaten sind.

Das Buch zeigt, dass der Vorschlag von Herrn Jäger zum Sammeln von Kriegserfahrungen bereits vor knapp drei Jahrzehnten umgesetzt wurde:

„Weitgehend unbekannt ist, dass inoffiziell schon seit 1991 rund 200 bis 300 Bundeswehrsoldaten als Freiwillige im jugoslawischen Bürgerkrieg kämpften. Insbesondere aus den Garnisonen in Süddeutschland fuhren viele Männer auf ein verlängertes Wochenende oder im Urlaub an die Front, um Kampferfahrung zu sammeln. Das war zwar illegal, wurde von den Vorgesetzten in vielen Fällen aber gedeckt, da man die Eigeninitiative als wertvolle Bereicherung der Gefechtsausbildung betrachtete. Etliche deutsche Soldaten, die auf kroatischer Seite mitkämpften, waren Fallschirmjäger, manche waren vor ihrer Bundeswehrzeit bei der Fremdenlegion gewesen. Abenteuer- und Kriegergeist standen wohl im Mittelpunkt dieser Reisen an die Front, andere wollten den bedrängten Kroaten zu Hilfe eilen“ (S. 466).

Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit leben etliche dieser 200 bis 300 Bundeswehrsoldaten noch. Werden gegen sie und vor allem gegen ihre Vorgesetzten nun Strafermittlungen eingeleitet werden?

Wie stehen sie beide zu diesem Vorgang, der vor der rot-grünen Regierungsbildung 1998 passierte - warum es umso einfacher wäre, hier einmal Stellung zu beziehen und Klartext zu sprechen?

Welche Konsequenzen werden die Aussagen von Sönke Neitzel bezüglich seiner Buchpassagen zum Afghanistan-Krieg haben?

Auf Seite 547 schreibt er:

„Wenn bei Operationen der amerikanischen Spezialkräfte Zivilisten auch mal im dreistelligen Bereich umkamen, nahm man das hin. Mancher wunderte sich gewiss, dass darüber nicht gesprochen wurde. Doch keiner wollte sich mit den Amerikanern anlegen, von denen die Deutschen in vielerlei Hinsicht abhängig waren. Im Zweifelsfall waren es ihre Hubschrauber, die deutsche Verwundete ausflogen, ihre Flugzeuge, die schwer bedrängten deutschen Soldaten Luftunterstützung gaben. Und wenn US-Spezialkräfte nachts Taliban-Kommandeure töteten, brachte das auch der Bundeswehr mehr Sicherheit. Die Deutschen waren insgesamt loyale Allianzpartner, die die nächtlichen Schattenkrieger mit Logistik, mit Absperrungen und auch mit Sanitätern unterstützten.“

Auf Seite 551 ergänzt Sönke Neitzel: " (...) so waren selbst hartgesottene Soldaten des KSK erschüttert, als ihnen Amerikaner nonchalant davon berichteten, wie sie gefangene Taliban exekutierten“.

Warum haben die genannten Bundeswehrsoldaten diese Kriegsverbrechen bisher nicht zur Strafverfolgung an die Bundesregierung weiter gegeben?

Wie positionieren sie beide sich zu diesen Vorgängen?

Anfang September 2020 berichtete die Süddeutsche Zeitung darüber, dass US-Außenminister Mike Pompeo die Chefanklägerin beim Internationalen Strafgerichtshof, Fatou Bensouda, sowie einen hochrangigen Mitarbeiter auf die Sanktionsliste gesetzt hat. "Das heißt, sie werden gleichgesetzt mit Terroristen, ihr Vermögen in den USA kann eingefroren werden" (SZ, 3.9.2020).

Werden sie sich - sofern sie ab September in welcher Konstellation auch immer - mitregieren, hinter die Chefanklägerin stellen und sie bei ihrem Bemühen um Gerechtigkeit unterstützen?

Anlass zur Besorgnis gibt auch die von Botschafter Wolfgang Ischinger vorgestellte Studie der Münchner Sicherheitskonferenz vom Oktober 2020 "Zeitenwende - Wendezeiten" (2). Auf 220 Seiten gibt es sehr viel mehr Passagen, die für eine stärkere Militarisierung der deutschen Außenpolitik werben - als solche Passagen für eine neue Friedenspolitik, die diesen Namen verdient.

Am 28. Oktober 2020 schrieb Josef Joffe in der Wochenzeitung "Die Zeit": "Wer die Waffen scheut, muss verhindern, dass andere sie gegen das eigene Land richten. Das nennt man Abschreckung, und die erfordert leider Kampffähigkeit. Die fehlt der Bundeswehr, was aber nicht ihre Schuld ist, sondern tief verwurzelt im kollektiven Bewusstsein steckt." (3).

Sie haben vermutlich den Taz-Artikel und den Aufschrei der letzten Tage noch im Ohr, als die Direktorin der Heinrich-Böll-Stiftung sich für die "nukleare Teilhabe" in einer Studie aussprach - entgegen ihres eigenen Parteiprogramms und einer breiten, wachsenden Bewegung, die sich für die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags ausspricht. Ich sehe übrigens noch Heinrich Böll bei der Mutlangen-Blockade der Prominenten vor mir. Was hätte er wohl der Stiftung, die seinen Namen trägt, im Jahr 2021 geschrieben?

Sie kennen die Position der Bundesregierung - und vermutlich auch die Ausarbeitung der Wissenschaftlichen Dienste des deutschen Bundestages vom 17.1.2021, die den AVV und den NVV als komplementär ansehen. Im Gegensatz zur Regierung.

Warum greifen sie beide diese Themen, die einmal grünes Kernterrain waren, nicht auf, um Menschen in diesem Land Hoffnung auf eine zivilere bessere Zukunft ohne die Bedrohung von Atomwaffen auf deutschem Boden zu geben?

Es gibt Gegenstimmen zur stärkeren Militarisierung deutscher Außenpolitik - allerdings wenige im Lager von Bündnis 90/Die Grünen.

Charlotte Wiedmann schrieb in der Berliner „taz“ am 28.10.2020 unter dem Titel "Vormarsch des Militarismus: Vom Mythos der Reife" (4):

"Die Erfahrungen der letzten zwei Jahrzehnte liefern allen Grund, Interventionen mit höchster Skepsis zu betrachten: vom Experiment Kosovo, wo 60.000 Nato-Soldaten in einem Gebiet

von der halben Größe Schleswig-Holsteins eingesetzt wurden, über die Kriege in Irak und Libyen bis zum Desaster in Afghanistan. (...)

Wären Fakten von Bedeutung, müsste es heute leichter sein, gegen Waffengänge zu plädieren. Dennoch ist das Nein geächtet. Weil es kaum mehr abweichende Welterklärungen gibt, kaum Alternativen zu den allgegenwärtigen sicherheitspolitischen Mythen, die – grob umrissen – den Planeten aufteilen in ein aggressives Russland, ein herrschsüchtiges China, einen schiitischen Krisenbogen und ein migrationswütiges Afrika.

Erstmals wurde dieses Jahr das Nato-Manöver „Steadfast Noon“, bei dem auch deutsche Piloten den Einsatz US-amerikanischer Atomwaffen trainieren, nicht mehr geheim gehalten. Nuklearwaffen offensiv zu bewerben gehört zur neuen Ausrichtung der Nato; die Öffentlichkeit nimmt es hin.

In keinem anderen Bereich ist die Unterwerfung unter herrschende Ideologien so still und so umfassend. Der rumorenden zivilgesellschaftlichen Ermächtigung in Fragen von Klima, Verkehr oder Agrarpolitik steht eine erschütternde Entmächtigung bei dem Thema Sicherheit gegenüber. Selbst die Rüstungsindustrie wird von Kritik weitgehend verschont – als wären Waffensysteme, neben allem anderen, nicht auch Klimakiller. Deutschland ist viertgrößter Rüstungsexporteur, doch der Einfluss der entsprechenden Konzerne wird kaum behelligt.

Die SPD will nun bewaffnete Drohnen. Automatisiertes Töten als sozialdemokratische Ethik – warum schreit da kaum jemand auf in der Partei?

Während das kritische linke antirassistische Spektrum vollauf mit dem Ringen um die inneren gesellschaftlichen Verhältnisse beschäftigt ist, verbreitet sich in der Außenpolitik und in den Fragen von Krieg und Frieden ungestört eine rechtsgewirkte Hegemonie. Der flagrante Rechtsextremismus im Kommando Spezialkräfte müsste alarmieren".

So weit Charlotte Wiedemann.

Sie haben bemerkt, wie durch breite Unterstützung diejenigen Kräfte in der SPD, die gegen bewaffnete Drohnen waren, sich am 16.12.2020 durchsetzen - und eine Verschiebung auf nach der Bundestagswahl erreichen konnten.

Wäre das nicht eine Steilvorlage, einmal darüber nachzudenken, ob nicht doch grün-rot-rot nach dem 23.9.2021 eine Option wäre?

Viele Menschen in Deutschland würden es Ihnen danken, wenn sie beide die nächsten Monate nutzen würden, sich in diese Richtung stärker zu profilieren.

Sie unterschätzen, wie viele Menschen bereit sind, einen Friedenskurs, der diesen Namen verdient, einzuschlagen.

Für Rückfragen - sollte ich mich unklar an manchen Stellen ausgedrückt haben - stehe ich ihnen gerne zur Verfügung.

Ich möchte Ihnen auch zusichern, dass ich ihre Antwort vertraulich behandeln werde.

Mit freundlichen Grüßen

Clemens Ronnefeldt,
Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes

(1) <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/deutschland-sollte-interventionsfaehig-sein-neue-strategische-lage-16938806.html>

(2) https://securityconference.org/assets/01_Bilder_Inhalte/03_Medien/02_Publikationen/MSC_Germany_Report_10-2020_De.pdf

(3) <https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-10/schweden-aufruestung-militaerhaushalt-russland-wladimir-putin>

(4) <https://taz.de/Charlotte-Wiedemann/!a1607/>